

Eva Feldmann-Wojtachnia

Identität und Partizipation

Bedingungen für die politische

Jugendbildung im Europa der

Bürgerinnen und Bürger

Eva Feldmann-Wojtachnia ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) in München. Diese Analyse entstand im Rahmen des Projekts „Europa im Wandel“, das im Rahmen des Kinder und Jugendplans des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

Inhalt

Zusammenfassung	4
<hr/>	
1. Zur Begriffsbestimmung von Partizipation: Mitwirkung, Teilhabe oder Beteiligung?	6
2. Wie Jugendpartizipation gelingt	7
2.1. Jugendpartizipation beginnt bei der aktiven Auseinandersetzung mit Information	8
2.2. Partizipation ist ein gesellschaftspolitischer Lernprozess	8
2.3. Jugendpartizipation bedeutet, lebenspraktische pro-soziale Kompetenzen auszubilden	9
2.4. Jugendpartizipation braucht verbindliche Rahmenbedingungen	9
2.5. Jugendliche dürfen nicht unterschätzt werden	10
3. Europäische Identität – Motivation für mehr gesellschaftspolitische Partizipation?	11
4. Fazit: Mehrwert für alle	12
<hr/>	
Anmerkungen	13

Zusammenfassung

Soziales und bürgerschaftliches gesellschaftspolitisches Engagement von Kindern und Jugendlichen trägt unverzichtbar zur Zukunftsfähigkeit und Innovation unserer demokratischen Gesellschaft bei. Partizipation ist dabei untrennbar mit der Identitätsbildung von Jugendlichen verbunden: Sich für die eigene Umwelt zu interessieren und sich mit den Interessen anderer über den privaten Nutzen hinaus kritisch auseinander zu setzen, sind soziale Grundbedürfnisse und elementare Identitätserfahrungen, die bereits Kinder machen. Dies allein bringt allerdings nicht unmittelbar eine nachhaltige, strukturierte Jugendbeteiligung hervor, hierzu ist eine gezielte gesellschaftspolitische Bildungsstrategie zur Förderung und Verankerung der nötigen Kompetenzen gefragt.

In diesem Zusammenhang untersucht die vorliegende Analyse die Anforderungen, die sich aus dem Auftrag der pro-sozialen, demokratischen Identitätsbildung und der Partizipationsförderung für eine zeitgemäße politische Jugendbildung in Europa ergeben. Ausgangspunkt ist die bildungspraktische Dimension von Jugendpartizipation, wobei einleitend Formen sowie gleichermaßen Ziele und mögliche Funktionen der Mitwirkung von Jugendlichen aufgezeigt werden. Im Folgenden richtet sich das Hauptaugenmerk darauf, welche Faktoren zusammentreffen müssen, damit Jugendpartizipation vor Ort gelingt. Mit Ausblick auf die aktuelle Diskussion um die europäische Identität wird abschließend auf übergeordneter Ebene untersucht, inwieweit diese eine zusätzliche Motivation für die Förderung von gesellschaftspolitischer Partizipation von Jugendlichen in und für Europa bieten kann.

Kaum ein anderes Jugendthema genießt in den letzten Jahren eine so hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wie die Frage, wie junge Menschen besser für die Belange unserer Gesellschaft und für die Politik interessiert werden können. Die Debatte reicht von der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre über die Einrichtung von kommunalen beratenden Jugendräten, der Etablierung von Jugendparlamenten bis zu Forderungen im Deutschen Bundestag nach einer neuen zivilgesellschaftlichen europäischen Beteiligungskultur durch eine stärkere Kinder- und Jugendpartizipation¹. Daher richtet auch die EU – beispielsweise mit dem Programm JUGEND IN AKTION von 2007-2013 – ihre Aktivitäten im Jugendbereich an der Zielsetzung aus, im Sinne von *European Active Citizenship* speziell die Bereitschaft zu Partizipation und gesellschaftlichem Engagement von Kindern und Jugendlichen in sozialen, nicht-formalen Lern- und Beteiligungsprozessen zu unterstützen.

Hohe Aufmerksamkeit für Jugendpartizipation in Gesellschaft und Politik

Das Thema ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland und auf europäischer Ebene nicht nur in der Jugendbildungsszene verstärkt ins Blickfeld gerückt. In der westlichen Konsumgesellschaft ist Jugendpartizipation bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Aus marktwirtschaftlicher Sicht nehmen die Lebensbereiche – besonders wenn sie maßgeblich durch die Medienwelt bestimmt werden – zu, in denen Jugendliche sich besser zurechtfinden und über ein größeres Fachwissen verfügen als ein Großteil der Erwachsenen.

Kompetenzvorsprung und Beteiligungsdefizite von Jugendlichen

Andererseits sind die niedrige Wahlbeteiligung von Jugendlichen und ihre angebliche Politikverdrossenheit seit geraumer Zeit ein Dauerthema, wenn es um die politische Reichweite von Jugendpartizipation geht. Dies erfasst aber nicht den Kern des Problems: Politik und das Leben von Jugendlichen fallen heute immer mehr auseinander. Wir haben es mit einem grundsätzlichen, europaweiten Partizipationsdefizit zu tun. Die junge Generation fühlt sich von den Politikern oft nicht ernst genommen. Gleichzeitig belegen zahlreiche Jugendstudien, dass gerade Jugendliche dazu bereit sind, sich in der Gesellschaft ehrenamtlich zu engagieren. Junge Menschen wünschen sich jedoch direkte Mitsprachemöglichkeiten in offenen, möglichst nicht-formalen Zusammenhängen und lokalen Strukturen.² Es kann von Jugendlichen, die nicht gelernt haben, verantwortungsvoll an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken, schwerlich erwartet werden, dass sie plötzlich mit Vollendung des 18. Lebensjahrs von sich aus in der Lage dazu sind, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Voraussetzungen hierfür sind eine pro-soziale Identität, das nötige Selbstvertrauen, ausreichende Erfahrungen wie auch ein komplexes Setting an grundlegenden Kenntnissen und notwendigen Fähigkeiten, gekoppelt mit spezifischen Partizipationskompetenzen³.

Folglich wird man dem Begriff der Jugendpartizipation nicht gerecht, verkürzt man ihn nur auf die politische Sichtweise. Ein umfassendes Verständnis von Partizipation schließt immer auch Bildungs- und Sozialisationsprozesse – also eine pädagogische und entwicklungspsychologische Perspektive – ein. Partizipation heißt konsequenter Weise, Jugendlichen die Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens und für ihr eigenes Lernen weitestgehend zu übertragen. Verbindliche Mitbestimmung sowie ein ehrlicher Umgang mit den Möglichkeiten und Grenzen von Jugendpartizipation sind hierbei die zentralen Elemente. Entwicklungspsychologisch betrachtet sind Jugendliche etwa ab 14 Jahren zu strukturellem Denken und dem Abstrahieren der subjektiven Lebenswelt in sozialen und politischen Zusammenhängen in der Lage. Etwa zeitgleich setzt eine – wie auch immer geartete – politische Identitätsentwicklung ein. Jugendliche prä-

Bildungspraktische Dimension von Jugendpartizipation

gen hier erste eigene Einstellungen und Verhaltensweisen aus, die sie relativ stabil über die Jugendphase hinweg bis zum Alter von etwa 19 Jahren beibehalten.⁴

1. Zur Begriffsbestimmung von Partizipation: Mitwirkung, Teilhabe oder Beteiligung?

Paradigmenwechsel -
Wertschätzung von
jugendlichem Input

Die Verabschiedung der UNO-Kinderrechtskonvention (1989) bezeichnete im Hinblick auf das Verständnis von Kinder- und Jugendpartizipation einen Wendepunkt. Sie war Ausdruck einer veränderten Betrachtung und Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft und läutete einen Paradigmenwechsel von einer Objekt- hin zu einer Subjektwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen ein. Die Kinderkonvention legte weltweit wesentliche Kinderschutzstandards fest, die auf vier elementaren Grundsätzen basieren: das Überleben und die Entwicklung von Kindern, ihre Nichtdiskriminierung, die Wahrung ihrer Interessen und explizit die Beteiligung bei Entscheidungen, die ihr Wohlergehen betreffen⁵.

Hier wurde versucht, einen Ausweg aus der paradoxen Ausgangssituation aufzuzeigen, in der Kinder zwar dieselben Grundrechte wie Erwachsenen zuteil werden, sie aber (noch) nicht über die gleichen politischen Rechte verfügen. So haben sie beispielsweise das Recht auf eine freie Meinungsäußerung, können aber die Verwirklichung eigener Interessen nur sehr eingeschränkt zur Geltung bringen. Aus Respekt der Menschenwürde gegenüber gibt es hingegen keinen ersichtlichen Grund, die Bedürfnisse von Kindern nicht gleichberechtigt zu berücksichtigen oder die Menschenrechte einzuschränken, wenn ihnen gegenüber jedoch seitens ihrer Eltern und der Gesellschaft ein genereller Schutzauftrag besteht. In diesem Spannungsfeld müssen sich also Projekte der Bildungsarbeit und zeitgemäße Ansätze zur Partizipationsförderung von Jugendlichen verorten, ebenso wie die wissenschaftlich-definitive Grundlegung des Begriffs.

Definition von
Jugendpartizipation

Unter Partizipation wird daher im Allgemeinen die Mitsprache, die Mitentscheidung und die Mitgestaltung an Planungs- und Entscheidungsprozessen verstanden, von denen Kinder- und Jugendliche direkt betroffen und worüber sie zu urteilen fähig sind. Sie geht also weit über eine passive „Teilhabe“, worüber in Fachkreisen weitgehend Einigkeit besteht. Schwieriger wird es mit der Definition, wenn sie über ein politisches Verständnis von Partizipation hinaus reichen soll, also auch gesellschaftliches Engagement im sozialen oder ökologischen Bereich einschließt. Denn hierbei handelt es sich im Selbstverständnis von Jugendlichen zwar um eine aktive Mitwirkung an gesellschaftlich relevanten Fragen, jedoch ohne eine explizit politische Implikation. Dennoch sind weder die Grenzen zwischen politischer und gesellschaftlicher Partizipation eindeutig abzugrenzen, noch liegen ausreichende Forschungsergebnisse oder ein entsprechendes Bildungskonzept hierfür vor. Gestritten wird daher in der Bildungsarbeit und der Politik um den passenden rechtlichen Rahmen der Urteilsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die entsprechenden Mittel sowie mögliche Formen und förderliche Methoden, um in allen Bereichen – also politisch, sozial, gesellschaftlich und ökologisch – mehr Partizipation zu ermöglichen. Es ist also der Partizipationsbegriff im Sinne eines umfassenden policy-Verständnisses entsprechend weit zu denken. Im Folgenden wird daher keine spezifische Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation vorgenommen, da dies auf die Ausrichtung von Praxisprojekten kaum eine Relevanz hat. Jugendliche selbst sehen die traditionellen Politikbereiche ohnehin weniger als Referenzgröße für ihre Beteiligung an, sondern erachten hier die Gesellschaft als Regelungsrahmen.

Vor diesem Hintergrund definiert auch die EU-Kommission in einem weiteren Verständnis des Begriffs infolge des Weißbuchprozesses „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001)⁶ das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen als Bildungsziel von Partizipation. Hierzu hat sie seit 2007 den sogenannten *strukturierten Dialog mit der Jugend*⁷ als Beteiligungsinstrument ins Leben gerufen. Jedoch fehlen bislang noch ausgearbeitete Umsetzungskriterien.

Das Ziel von Partizipationsprojekten ist die Förderung der aktiven Mitwirkung von Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Fragen, was unterschiedlichste Formen von Jugendbeteiligung beinhalten kann. Drei generelle Funktionen sind zu unterscheiden, je nach dem, ob es gilt,

Beteiligungsfunktionen

- (a) die verbindliche Mitbestimmung von Jugendlichen zu ermöglichen
- (b) die gezielte Konsultation jugendlicher Meinung einzuholen oder
- (c) die verantwortliche Anwaltschaft für jugendliche Belange zu übernehmen.⁸

Jede dieser Funktionen kann mittels direkter und indirekter Beteiligung umgesetzt werden. Modelle der Mitbestimmung können demzufolge das direkte Stimm- und Wahlrecht für Jugendliche, Jugendparlamente oder Jugendforen mit konkreten Rechten bedeuten, ebenso wie die indirekte Beteiligung durch repräsentative Formen wie *gewählte* Jugendparlamente oder Schülerräte. Gleiches trifft für die Konsultationsfunktion sowie die Anwaltschaft von Jugendpartizipation zu: Auch hier gibt es direkte Partizipationsformen für Jugendliche (beispielsweise selbstorganisierte Anlaufstellen oder die kommunalen Kinder- und Jugendbüros) sowie indirekte Mitwirkungsmöglichkeiten (etwa über die Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt, Jugendkommissionen, Surveys oder Jugendumfragen).

Eine exakte Begriffsbestimmung mag der wissenschaftlichen Abgrenzung⁹ und in der Praxis einer größeren Transparenz und einer besseren Kenntnis der Grenzen und Möglichkeiten von Jugendpartizipation dienen. Letztlich sind aber auch hier die Übergänge fließend und ist dies bei der Projektarbeit zweitrangig, wo es vielmehr darum geht, verbindliche und langfristige Konsequenzen zu erwirken. Speziell bei Modellen zur Mitbestimmung kann dies nur erreicht werden, wenn mit der Beteiligung von Jugendlichen an einem Vorhaben auch eine deutliche Verschiebung der Entscheidungsbefugnisse zu Gunsten der Jugendlichen einher geht.

2. Wie Jugendpartizipation gelingt

Partizipation bringt für die Jugendlichen selbst eine Vielzahl an Vorteilen: Sie entwickeln Selbstbewusstsein und Sozialkompetenz und lernen, prozessorientiert und vernetzt zu denken. Außerdem machen sie erste einschlägige Erfahrungen in selbständiger projektbezogener Gruppenarbeit und mit der Entwicklung von kreativen Lösungsansätzen, die sich auch im späteren beruflichen und privaten Leben auszahlen. Sie bauen zudem soziale Kontakte über die eigene *peer group* hinaus auf. Es ist unbestritten, dass sich gesellschaftliches Engagement auf die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen förderlich auswirkt.¹⁰

Selbstbewusstsein und Sozialkompetenz für die junge Generation

Aber auch das Gemeinwesen profitiert von der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Erst kürzlich hat beispielsweise die Stadt München unter 300 Mitbewerbern den „Deutschen Kinderpreis“ gewonnen und wurde mit dem 1. Platz in der Kategorie „Die Kinderstadt“ prämiert.¹¹ Eine solche Auszeichnung trägt zum Standortvorteil bei und ist Label für zukunftsorientierte Wettbewerbsfähigkeit

Standortvorteil und
Qualitätsmerkmal für die
Kommunen

und Innovation. Es wurde ausdrücklich das Gesamtkonzept von der Jury gelobt: das erfolgreiche Zusammenspiel einer Strategie zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt und beispielhaften Bausteinen zur Verwirklichung von professioneller und nachhaltiger Kinder- und Jugendbeteiligung. Hierzu zählen insbesondere die Kinderrechtskampagne, die anwaltschaftliche Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in München, der Wettbewerb „München offen für Kinder“ sowie das Stadtteil-Beteiligungsprojekt „Auf die Perspektive kommt es an! Münchner Kinder mischen mit“.

Die nachfolgenden Thesen skizzieren, wie Jugendpartizipation auch anderswo und in anderer Form gelingt.

2.1. Jugendpartizipation beginnt bei der aktiven Auseinandersetzung mit Information

Interdependenz von
Information und Partizipation
entsprechen

Entscheidungsfindungsprozesse und Wissen beeinflussen sich in Abhängigkeit zueinander. Der Wissenserwerb und die Wissenssteigerung sind also direkt mit der Frage verbunden, ob Jugendliche auch dazu bereit sind, an gesellschaftlichen und politischen Denkprozessen teilzunehmen, zu einem eigenständigen Urteil zu gelangen und sich letztlich zu engagieren. Die Fähigkeit zum formal-logischen und analytischen Denken als Grundlage für die Fähigkeit zum komplexen und dialektischen „politischen“ Denken bauen sich entsprechend den Erkenntnissen aus der Entwicklungspsychologie bereits bei Kindern im Alter von sechs Jahren auf. Durch die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenswelt besteht folglich eine gewisse „natürliche“ Wissensbasis für gesellschaftspolitisches Handeln.

Zielgruppenspezifische,
jugendgerechte
Informationskonzepte
entwickeln

Diese grundlegende Verbindung von Partizipation und Information findet in der aktuellen Debatte nicht ausreichend Beachtung und kaum eine zufriedenstellende Umsetzung in der Bildungspraxis. Denn aktuelle gesellschaftliche und politische Themen müssen mittels jugendgerechter Strategien vermittelt werden, wofür zielgruppenspezifische Informations- und Diskussionsansätze notwendig sind. Diese müssen sich streng an den qualitativen Kriterien der Jugend- und Bildungsarbeit orientieren und die Jugendlichen nicht nur als passive Adressaten definieren, sondern als aktive Informationsträgerinnen und Informationsträger einbeziehen. Begünstigend kommt hinzu, dass gerade die junge Generation ein hohes Interesse an digitalen Informationsquellen hat sowie über weitreichende Kenntnisse im Umgang mit den neuen Medien verfügt und der Beschäftigung mit solchen einen großen Freizeitwert beimisst. Es macht daher keinen Sinn, Information eine hierarchisch niedrige Bewertung zuzuweisen oder als „Vorstufe“ von Partizipation zu betrachten.¹² Ohne Information ist Partizipation nicht möglich – oder andersherum: die aktive Auseinandersetzung mit Information *ist* Partizipation!

Als Anknüpfungspunkt für einen gelungenen Ansatz jugendgerechter Informations- und Bildungsarbeit unter unmittelbarem Einbezug der Jugendlichen selbst bietet sich besonders das Modell der *Peer Group Education* an, also Ansätze zur politischen Bildung und gesellschaftlichen Erziehung von Gleichaltrigen durch Gleichaltrige¹³.

2.2. Jugendpartizipation ist ein gesellschaftspolitischer Lernprozess

Gelungene Jugendpartizipation setzt für beide Seiten ein positives Verhältnis von Jugend und Politik voraus. Um dieses Verhältnis zu verbessern, muss sich eine zeit-

gemäße Bildungsarbeit auch selbst einer kritischen Prüfung unterziehen, um für junge Menschen attraktiv und tatsächlich interessant zu sein. Sie muss innovativ gestaltet werden, sich zukunftsorientierten Themen widmen und Jugendliche darin unterstützen, ihre konkreten Bedürfnissen angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen zu verorten und den politischen Verantwortlichen gegenüber zu kommunizieren. Dies bedeutet, sich in einen offenen Lernprozess zu begeben, der nicht nur einseitig auf die Jugendlichen ausgerichtet sein darf.

Positives Verhältnis von
Jugend und Politik fördern

In diesem Zusammenhang ist der Stellenwert der politischen Bildung in der Gesellschaft deutlich aufzuwerten. Denn eine verbesserte individuelle Orientierungs- und Handlungsfähigkeit ist für die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft die Grundvoraussetzung dafür, dass sie sich aktiv für die Gestaltung ihrer Umwelt einsetzen. Zur Optimierung der Partizipation, besonders von jungen Menschen, kann daher ein direkter Zusammenhang zwischen dem Stellenwert der politischen Bildung und dem Maß an Beteiligung gezogen und die entsprechenden Konsequenzen umgesetzt werden.

Stellenwert politischer Bildung
erhöhen

2.3. Jugendpartizipation bedeutet, lebenspraktische pro-soziale Kompetenzen auszubilden

Jugendliche suchen Herausforderungen und wünschen sich Mitsprachemöglichkeiten. Um daraus einen konstruktiven Beteiligungsprozess ableiten zu können, müssen sie gezielt gefördert und pädagogisch begleitet werden.

Jugendpartizipation ist ein Lernprozess, wobei schon der Weg das Ziel sein kann und der Prozess des Partizipationsvorhabens wichtig für die Ausbildung der nötigen Partizipationskompetenzen ist. Übergeordnetes Ziel ist es, Jugendliche in Beteiligungsprojekten dazu zu motivieren, sich kritisch mit den demokratischen Werten und politischen Normen der Gesellschaft auseinander zu setzen. In diesem Zusammenhang wird in der Fachwelt gelungener Jugendpartizipation sogar eine Präventionsfunktion, beispielsweise im Hinblick auf Drogenmissbrauch oder Rechtsextremismus, zugeschrieben.¹⁴ Eine Vielzahl an Beispielen aus der Praxis zeigt, dass Jugendliche durch konkrete Mitwirkungsprojekte ihre Kooperationsfähigkeit, das Verantwortungsbewusstsein, ihre Ausdrucks- und Konfliktfähigkeit und die Frustrationstoleranz steigern und an Selbst- und auch Demokratiebewusstsein hinzugewinnen.

Partizipationskompetenzen
fördern

Als Schlüsselkompetenz sind Kommunikations- und Dialogkompetenz hervorzuheben, denn der konstruktive Austausch zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen in politischer oder gesellschaftlicher Verantwortung ist bei der Verwirklichung von Jugendpartizipation unerlässlich.

2.4. Jugendpartizipation braucht verbindliche Rahmenbedingungen

Es reicht nicht aus, allein die Wichtigkeit von gesellschaftlicher und politischer Bildungsarbeit hervorzuheben. Es sind konkrete Initiativen notwendig, die zur tatsächlichen Vermittlung des notwendigen Wissens und der relevanten Kompetenzen führen. Da es sich bei sozialen und politischen Bildungsprozessen um langfristige Entwicklungen handelt, ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass sie eine kontinuierliche und nachhaltige Verankerung einer partizipationsfördernden Bildungsarbeit in der Gesellschaft garantieren.

Nachhaltigkeit von
Beteiligung stärken

Dabei kann es nützlich sein, über Kampagnen das Partizipationsbewusstsein von Jugendlichen zu wecken. Auch ist es sinnvoll, Jugendlichen einen zeitlichen und thematischen Rahmen – wie etwa 2008 durch das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs – anzubieten, in dem sie mit Eigeninitiativen aktiv werden können. Großkongresse und zeitlich begrenzte einmalige Aktionen reichen bei weitem nicht aus, um eine grundsätzliche Aufwertung der Bildungsarbeit zu erreichen. Hierzu sind strukturelle Veränderungen von Nöten, die auch eine bessere finanzielle Ausstattung – einschließlich der Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse in der Bildungs- und Jugendarbeit – einschließen. Andererseits sind auch die Veranstalterinnen und Veranstalter von Initialveranstaltungen dazu aufgerufen, Umsetzungsmöglichkeiten über das Projektvorhaben hinaus und Anschlusskonzepte vorzulegen, die von praktischem Nutzen für die Jugendlichen und ihre Umwelt sind. Sie laufen sonst Gefahr, den Einwand der „Alibi-Partizipation“ oder „Instrumentalisierung“ zu bekräftigen.

Interessen Jugendlicher
zu Gehör verhelfen

Jugendparlamente, Jugendforen oder andere Formen der Anhörung von Jugendlichen eignen sich kurz-, mittel- wie auch langfristig hervorragend dazu, die Interessen Jugendlicher im Hinblick auf verschiedene Themen herauszuarbeiten und deutlich zu machen.¹⁵ Damit es nicht nur bei der Artikulation Jugendlicher bleibt, sondern ihre Vorschläge, Wünsche, Anregungen oder Kritik auch Eingang in die Politikgestaltung finden und längerfristig verfolgt und umgesetzt werden. Hierfür sind verbindliche Regelungsmechanismen zur Vernetzung politischer Entscheidungsprozesse und der Bildungsarbeit festzusetzen. Diese sollten den weiteren Umgang der Politik mit den Jugendlichen und den von ihnen geäußerten Interessen festlegen und so zu einer Konsequenz der Beteiligung führen. Politische und gesellschaftliche Akteure sind an dieser Stelle aufgerufen, konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche zu erschließen und dem Wunsch nach jugendlichem Eigenengagement auf geeigneten Ebenen entsprechen zu können.

2.5. Jugendliche dürfen nicht unterschätzt werden

Jugendliche als gleichwertige
Partner ernst nehmen

Jugendliche haben einerseits hohe Erwartungen an die Politik und sind in hohem Maße dazu bereit, sich freiwillig zu engagieren.¹⁶ Andererseits sind junge Menschen oftmals mit der Umsetzung der offiziellen Politik unzufrieden und distanzieren sich am liebsten von der etablierten Politik. Sie sehen wenig Teilhabemöglichkeiten und Mitsprachrechte für sich selbst und fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen.

Um so wichtiger ist es also, dass Ansätze einer zeitgemäßen Bildungsarbeit Jugendlichen Partizipationsangebote machen, die den Grundsätzen von Ernsthaftigkeit, Transparenz und Konsequenz entsprechen. Hierzu gehört, dass die Jugendlichen das Thema und den Weg zur Durchführung selbst bestimmen, ihnen aber klar kommuniziert wird, welche Bedingungen vorgegeben und welche verhandelbar sind. Partizipation ist dabei auch keine Altersfrage, Mitbestimmung ist grundsätzlich in jedem Alter möglich. Die von Jugendlichen selbst eingeforderte Mitwirkung bedeutet, dass sich junge Menschen für ihr soziales Umfeld einsetzen möchten. Sie sollten daher als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation verstanden und ihre Sichtweisen und Forderungen in die Planung und Gestaltung ihrer Lebenswelten einbezogen werden. Hierfür kann die Bildungsarbeit die notwendige Hilfestellung geben. Umgekehrt gilt jedoch auch, die Politik aufzufordern, sich für Jugendpartizipation zu öffnen und ihrerseits neue Wege und Möglichkeiten der Beteiligung zu erschließen. Allen diesen Erwartungen muss die

Bildungsarbeit Rechnung tragen, will sie die Wirksamkeit von Jugendpartizipation erhöhen.

3. Europäische Identität – Motivation für mehr gesellschaftspolitische Partizipation?

Unterschiedlichste Umstände haben einen Einfluss darauf, ob Menschen im Laufe ihrer Sozialisation politisch oder gar demokratisch werden.¹⁷ Die persönliche Identitätsfindung ist ein äußerst vielfältiger, nie wirklich abgeschlossener Prozess. Das Individuum muss sich in Identifikation und Abgrenzung zu seiner Herkunft, seinem Umfeld und seinen Wertüberzeugungen kritisch, letztlich aber handlungsleitend auseinandersetzen. Kommt als Bezugsobjekt nun Europa hinzu, wird es um ein Vielfaches schwieriger: Denn Europa ist alles andere als eindeutig zu definieren, auch ist das Verhältnis zwischen der EU und den Jugendlichen ambivalent. Aber selbst wenn – wie in der aktuellen Debatte um aktives bürgerschaftliches Engagement und die europäische Identität – implizit die politische Dimension von Europa gemeint ist, so wird es hierdurch nicht einfacher. Denn nur ein Bruchteil der Menschen verfügt tatsächlich über eine deutlich ausgeprägte politische Identität, für die Mehrheit sind soziale, kulturelle und geographische Zugehörigkeiten letztlich wichtiger oder bewusster. Zudem ist die Europäische Union als politischer Rahmen für die individuelle Identitätsbildung – besonders für Jugendliche – oftmals zu komplex, nicht konstant genug und zu sehr von einem umfangreichen Wissen abhängig. Etablierte Politik im Allgemeinen und Europäische Politik im Besonderen stößt bei Jugendlichen auf Distanz und Unverständnis. Zwar stimmt den Umfragen des Eurobarometers zufolge die junge Generation der EU im Allgemeinen zu, der Bezug und die Relevanz der EU für das eigene Leben bleibt jedoch den meisten Jugendlichen völlig unklar.

Distanz zu
Europäischer Politik

Erschwerend kommt hinzu, dass ein Prozess der europäischen Identitätsfindung vor dem Anspruch auf die freie Entfaltung des Individuums nur bedingt steuerbar ist und prinzipiell ergebnisoffen bleiben muss. Dennoch: das, was die große europäische Politik vorlebt, könnte auch als Ansatz für eine zeitgemäße Bildungsarbeit gelten und die Grundmotivation für Partizipation – gerade für Jugendliche – konstituieren.¹⁸ Europa wird hierbei nicht als fertiges Objekt verstanden, sondern als ein konstruktiver Lernprozess, der von der aktiven Mitwirkung vor Ort lebt. Politische, europäische Identität ist in diesem Sinne ein „Projekt“, das prinzipiell an einen konkreten Handlungs- und Entscheidungsrahmen in Zusammenarbeit mit Anderen gebunden ist.¹⁹ Im Unterschied zur kulturell begründeten Identität entsteht politische Identität im gesellschaftlichen Diskurs und – wie Jugendstudien belegen – vor allem aus praktischem sozialem Handeln²⁰ heraus. Eine so verstandene „pro-politisch-soziale“ Identität basiert nicht zwingend auf einer gemeinsamen kulturellen Identifikation, jedoch auf kollektiver gemeinnütziger Tätigkeit und der Anerkennung gemeinsamer Werte. Vor diesem Hintergrund zeigt sich umgekehrt, wie sehr eine erfolgreiche europabezogene Bildungsarbeit als maßgeblicher, Identität stiftender Faktor zum Tragen kommt.

Europa als Lernprojekt vor Ort

Im Kontext der neuen Bildungsanforderungen in Europa – wie sie in der im Jahre 2000 initiierten Lissabon-Strategie für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze umrissen werden – gilt es, politische Bildung im Sinne einer breiten Kompetenzförderung für Jugendpartizipation und deren Wirkung im politischen und gesellschaftlichen Bereich zu unterstreichen. In vielerlei Hinsicht stellt die politische Bildung für junge Menschen die Grundlagen bereit, um an weiteren kul-

Lissabon-Prozess als Push-
Faktor für Jugendpartizipation

turellen und sozialen Angeboten zu partizipieren, aber auch, um sich später auf dem Arbeitsmarkt positionieren zu können. Denn Aufgabe der politischen Bildung ist es, Jugendliche auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – auch speziell im Blick auf die Europäische Integration – vorzubereiten, sie zu befähigen, Ambivalenzen auszuhalten sowie die eigenen Lebenschancen zu erkennen und zu nutzen.

Die europäische Dimension spielt im derzeitigen Prozess der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Globalisierung und zunehmenden Internationalisierung eine Schlüsselrolle. Die kritischen Fragen nach den persönlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten können im Kontext politischer Bildung, wird sie als Befähigung und Ermutigung zu aktivem bürgerschaftlichen Interesse und Engagement in und für Europa definiert, aufgegriffen und angesichts konkreter Umsetzungsprojekte vor Ort konstruktiv diskutiert werden.

Fazit: Mehrwert für alle

Priorität für die
Zukunftsfähigkeit der
europäischen Zivilgesellschaft

Bildungspraktisch betrachtet ist Partizipation letztlich eine demokratische Grundhaltung. Um eine solche Haltung einzuüben und für die Gestaltung des eigenen Lebens als relevant zu erachten, sind entsprechende Handlungsfelder nötig. Ist speziell im Bereich der Jugendarbeit ein großer Fundus an Fachwissen sowie ein reicher Erfahrungsschatz an praktischer Umsetzung vorhanden²¹, fehlt es vielerorts noch an einer Konzeptualisierung zur Rückbindung und Anschlussfähigkeit der Jugendpartizipationsprojekte an die reguläre Politik und Gesellschaft, besonders im Bereich Schule und Freizeit. Diesem Auftrag sollte sich eine zukunftsorientierte Bildungsarbeit mit Engagement, Phantasie und Verantwortung stellen und dabei nicht übersehen, dass die junge Generation eine der wichtigsten Zukunftsressourcen in Europa ist. Gelungene Jugendpartizipation kann zu einem Qualitätsmerkmal und Entwicklungsfaktor gleichermaßen für die Bildungsarbeit wie für das Gemeinwesen werden und somit einen Mehrwert für alle bedeuten: die Steigerung des Sozialkapitals in Gesellschaft und Politik. Kinder und Jugendliche sollten daher in unser aller Interesse möglichst früh dazu motiviert werden, selbstbestimmt – aber begleitet – ihren Weg in unserer demokratischen Gesellschaft zu gehen.

Anmerkungen

- 1) In den weiteren Ausführungen werden unter dem Begriff der „Jugendpartizipation“ Kinder mit eingeschlossen.
- 2) Vgl. Feldmann-Wojtachnia, Eva, 2006: Jünger wählen? In: *der bajuware*. 2/2006, S.11.
- 3) Im Sinne der sog. K-S-C Typologie des Europäischen Qualifikationsrahmens, wobei K = Knowledge/Wissen, S = Skills/Fertigkeiten und C = Competences/Schlüsselqualifikationen meint; siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Kom(2006) 479 endgültig. 2006/0163 (COD). Vorschlag für eine Empfehlung des europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen. SEK (2006) 1093. SEK (2006) 1094. Brüssel 2006.
- 4) Vgl. Buhl, Monika, 2006: Politische Identitätsbildung im Jugendalter. In: *kursiv Journal für politische Bildung: Sozialerfahrungen. Gesellschaftliches Engagement im Jugendalter*. 1/2006, S. 20.
- 5) Siehe Art. 12 der „Konvention über die Rechte des Kindes“ der Vereinten Nationen: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“
- 6) Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM(2001) 682 end. Brüssel 2001.
- 7) Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *The European Structured Dialogue with young people. Basic concept and activities 2007-2009* (information from the Commission). Brüssel 2006.
- 8) Vgl.: Jaun, Thomas/ Mathis, Walti, 2001: *Kinder machen Politik: Das Luzerner Modell*. Herausgegeben vom Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Luzern.
- 9) Zur wissenschaftlichen Definition siehe ausführlichen Überblick bei: Fatke, Reinhard, 2007: *Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh, S. 19-57.
- 10) Überblick über die wissenschaftliche Grundlegung dieser These und ihre verschiedenen Ansätze siehe u.a.: Buhl, Monika/ Kuhn, Hans-Peter, 2006: *Persönlichkeitsentwicklung durch gesellschaftliches Engagement im Jugendalter*. In: *kursiv Journal für politische Bildung. Sozialerfahrungen. Gesellschaftliches Engagement im Jugendalter*. 1/2006, S. 30-37.
- 11) Siehe Pressemitteilung unter: <http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/presseservice/2007/pressemitteilungen/212224/kinderstadt.html>.
- 12) Modelle wie beispielsweise das des Kontinuums von „Partizipationsgraden“ bei Schröder, Richard: 1995: *Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung*. Weinheim und Basel oder der „Partizipationsstufenleiter“ bei Hart, Roger A., 1997: *Children's Participation: The Theory and Practice of Involving Young Citizens in Community Development and Environmental Care*. New York.
- 13) Vertiefende theoretische Reflexionen siehe Sammelband: Nörber, Martin (Hrsg.), 2003: *Peer education. Bildung und Erziehung von Gleichaltrigen durch Gleichaltrige*. Weinheim/ Basel/ Berlin.
- 14) Vgl. Olk, Thomas/ Roth, Roland, 2007: *Zum Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh, S.55-56.
- 15) Als gelungenes Beispiel siehe die Dokumentation der Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.), 2007: *Jugendparlament zur EU-Erweiterung unter Schirmherrschaft von Alois Glück, Präsident des Bayerischen Landtags. Veranstaltungsdokumentation*. München.
- 16) Ausführlicher siehe: BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. München.
- 17) Zur politischen Sozialisation im biographischen Kontext siehe ausführlicher Schröder, Achim, 2006: *Person, Interaktion und politische Sozialisation. Über den Bedeutungszuwachs vom Lernen am Anderen*. In: *Außerschulische Bildung* 2, 2006, S. 158-166.
- 18) Ausführlicher siehe: Feldmann-Wojtachnia, Eva, 2007: *Über die Rolle von Bildung und bürgerschaftlichem Engagement für eine europäische Identitätskonstruktion*. In: Nida-Rümelin, Julian/ Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*. Baden-Baden, S. 197-209.
- 19) Vgl. Cerutti, Furio, 2001: *Towards the Political Identity of the Europeans*. In: Cerutti, Furio/ Rudolph, Enno (Hg.): *A Soul for Europe. A Reader*, 2 Bd., Leuven.
- 20) Der Überblick zu bisherigen Studien macht deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen gemeinnütziger Tätigkeit und politischer Beteiligungsbereitschaft besteht, wobei hohes soziales Engagement bei Jugendlichen einen deutlichen Beitrag zu ihrer politischen Sozialisation leistet, ausführlicher siehe: Reinders, Heinz, 2006: *Gemeinnützige Tätigkeit und politische Sozialisation im Jugendalter*. In: *kursiv Journal für politische Bildung: Sozialerfahrungen. Gesellschaftliches Engagement im Jugendalter*. 1/2006, S. 22-30.
- 21) Ausführlicher siehe: Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.), 2004: *Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation*. München 2004.

C·A·P
Centrum für angewandte
Politikforschung
ISBN 3-933456-42-8
© 2007

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1329
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap-lmu.de
